

PROTESTANTEN

„Wir sind tief erschrocken“

Der neue EKD-Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider, 63, über Entschädigung für Missbrauchsoffer, Atomkraft und den Umgang mit Embryonen

SPIEGEL: Herr Schneider, egal ob Hartz IV oder Integration – warum war von Ihrer Kirche zu den großen gesellschaftlichen Themen zuletzt so wenig zu hören?

Schneider: Nach dem Rücktritt von Margot Käßmann mussten wir uns neu aufstellen. Als neuer Ratsvorsitzender möchte ich aber, dass meine Argumente öffentlich gehört und aufgenommen werden – und das klare Wahlergebnis sehe ich dafür als Bestärkung.

SPIEGEL: Ihr Antrittsbesuch bei Kanzlerin Angela Merkel steht an, was werden Sie ihr sagen? Raus aus Afghanistan?

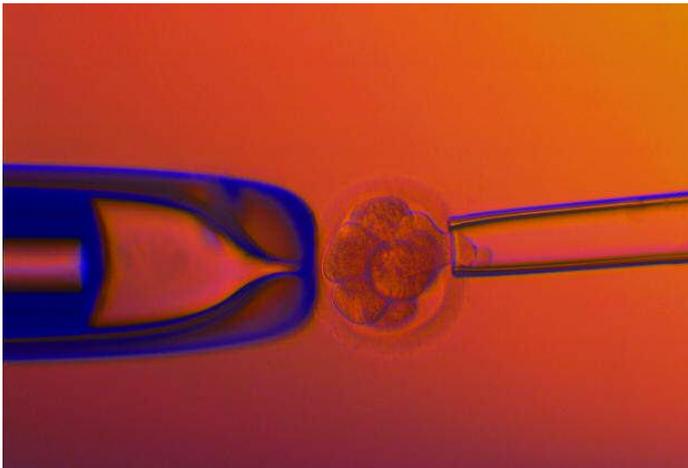
SPIEGEL: Die Bundeskanzlerin will die Präimplantationsdiagnostik komplett untersagen, das hat Ihre Kirche vor sieben Jahren auch noch gewollt. Sehen Sie das jetzt anders?

Schneider: Ich habe persönlich darum geworben, dass wir nicht einfach den Beschluss des Rates von 2003 wiederholen, sondern uns noch einmal mit dem Thema auseinandersetzen. Aus zwei Gründen: Zum einen ist die medizinische Entwicklung weitergegangen, zum anderen kamen mir die Mütter zu wenig vor in dieser

ben, nicht nur einzelne Übergriffe von Erziehern. Es war ein System der Strenge, das vielfach die Würde der uns anvertrauten Jungen und Mädchen verletzt hat. Diesen Opfern wollen wir Hilfen zur Lebensbewältigung in ihrer Zukunft geben. Daher sind wir auch bereit, uns finanziell zu engagieren. Bei der sexualisierten Gewalt sind wir noch nicht so weit wie bei den Heimkindern, weil hier ja vor allem die einzelnen Täter haften.

SPIEGEL: Geht es etwas konkreter?

Schneider: Im Moment leider nein. Wir suchen eine einheitliche Regelung, die möglichst auch in anderen Institutionen, Schulen, Vereinen und Verbänden angewendet werden kann, dazu laufen im Augenblick die Gespräche. Klar ist aber auch: Wir dürfen als Institution nicht das Signal an Täter senden: „Wir springen schon ein für eure schändlichen Taten.“ Wir sind ja aktiv an die konsequente Aufklärung der Fälle herangegangen, insgesamt haben wir knapp 50 zurückliegende Taten zu beklagen. Waren sie



Zellentnahme für Präimplantationsdiagnostik, EKD-Ratsvorsitzender Schneider: „Wir wollen diese Debatte noch einmal aufnehmen“

Schneider: Militärische Gewalt kann nur das letzte Mittel sein. In Afghanistan gibt es ein klares Ausstiegsszenario. Es beunruhigt mich, dass nun trotzdem wieder Forderungen zu hören sind, den Einsatz zu verlängern. Ich bin dafür, die Soldaten aus Afghanistan so schnell wie möglich abzuziehen, ohne einen Scherbenhaufen zu hinterlassen. Das werde ich sicher bei der Kanzlerin zur Sprache bringen.

SPIEGEL: Was ist mit der Atomkraft?

Schneider: Wir hatten einen Kompromiss in unserem Lande, der die Beendigung der Laufzeiten festgelegt hat. Wir haben die Endlagerung noch nicht gelöst, was wir aber müssen. Es wäre schon schwer genug gewesen, allein dafür einen Kompromiss zu finden. Beim bereits beschlossenen Ausstiegsszenario hätten wir viel bessere Voraussetzungen dafür gehabt. Es war unklug von der Bundesregierung, diesen Konsens wieder in Frage zu stellen. Darüber muss gesprochen werden. Die Bürger protestieren nicht grundlos.

ethischen Debatte. Zu Persönlichkeiten reifen Kinder nur heran mit Hilfe der Mutter. Deshalb gehört für mich die Mutter in die Überlegungen mit hinein.

SPIEGEL: Gibt die EKD ihre strikte Haltung auf?

Schneider: Das könnte ein Ergebnis sein. Ich selber bin unglaublich hin und her getrieben, weil ich auch die dunklen Seiten sehe. Ich freue mich, dass sowohl Rat wie Synode der EKD gesagt haben, wir wollen diese Debatte noch einmal aufnehmen. Ich würde mich dafür nicht einsetzen, wenn ich eine gewisse Öffnung nicht für möglich hielt.

SPIEGEL: Die Opfer sexueller Gewalt drängen ebenso wie die ehemaligen Heimkinder nach langen Debatten auf Wiedergutmachung. Was haben Sie Ihnen jetzt anzubieten?

Schneider: Wir sind alle tief erschrocken über die Abgründe, in die wir gesehen haben. Bei den Heimen hat es wirklich ein institutionalisiertes Versagen ge-

noch in Diensten, haben wir die Täter entlassen.

SPIEGEL: Der Staat zahlt 1,2 Milliarden für katholische und evangelische Theologen und Religionslehrer. Sollte er das nicht auch den Muslimen im Land anbieten?

Schneider: Unsere Pfarrer bezahlen wir schon selbst. Und der Religionsunterricht dient der Gesellschaft insgesamt. Darum bin ich auch der Meinung, dass wir einen akademisch gelehrten Islam in unserem Land brauchen, der sprachfähig ist an unseren Universitäten, damit wir auch in den Integrationsfragen weiterkommen.

SPIEGEL: Und wie lange soll der Staat den Kirchen noch Entschädigungen zahlen für Enteignungen aus dem 19. Jahrhundert?

Schneider: Das Grundgesetz sieht eine geregelte Ablösung vor. Allerdings haben wir auch keinen Anlass, auf Rechte zu verzichten. Ein bestehendes System kann man nicht so einfach umschmeißen. Aber die Kirchen sind da geschäftsbereit.

INTERVIEW: PETER WENSIERSKI